Die SPD und die polnische Frage

von Tadeusz Cieślak

Das Aussondern des deutschen Proletariats aus anderen sozial-politischen Richtungen erfolgte stufenweise, in bestimmten Entwicklungsetappen. Erst nach vielen Versuchen und Erfahrungen wurde es zur selbständigen Organisationsströmung, und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte es sich in eine der mächtigsten sozial-politischen Organisationen umgestaltet. Anfangs waren es nur kleinere Gruppen, deren Bedeutung erst ex post wahrgenommen wurde, als die Bewegung zahlenmäßig zur Macht wurde. Zuerst waren es kleine kommunistische Gruppen des Jahres 1948. Vom ideologischen Standpunkt aus waren sie sehr wichtig, aber erst in den sechziger Jahren nahmen sie die Form einer ausgesonderten Proletariatsbewegung an. Dazu kommt, daß diese Bewegung der sechziger Jahre in zwei getrennten Strömungen bestand, die sich durch ideologische Grundlagen unterschieden. Die Beseitigung dieser Unterschiede brauchte dann lange Jahre.

Im Jahre 1863 gründet Ferdinand Lassalle eine selbständige Organisation des Proletariats. Damit macht er einen wichtigen Schritt vorwärts in der Geschichte der Arbeiterklasse. Zwar hatte er keine größeren organisatorischen Erfolge erzielt und lediglich einige Tausend Mitglieder gewonnen, wichtiger allerdings war, daß er die Bewegung durch seine fehlerhafte ideologische Auffassung belastete. Der rasche Tod Lassalles (1864) bereitete zusätzliche Schwierigkeiten, weil seine Nachfolger seine Fehler noch vertieften. Für unser Thema haben diese Fehler eine wesentliche Bedeutung, denn ohne Überwindung dieser Fehler, besonders ohne Billigung des preußischen Staates und der Einigung Deutschlands von oben, hätte eine Feindseligkeit zwischen den Polen, die nationale Befreiung anstrebten, und der Bewegung des Proletariats erweckt werden können. Glücklicherweise entstand ein anderes Zentrum, das, indem es eine Verbindung an die Lassallesche Gruppe anstrebte, doch seine ideologischen Auffassungen verteidigte, die den Junkercharakter des preußischen Staates verurteilten und eine Einigung von unten verlangten, die mit der Einführung von radikalen Sozialreformen verbunden wäre. Solche Funktionäre wie August Bebel oder Wilhelm Liebknecht, indem sie an die Auffassung von Karl Marx und Friedrich Engels anknüpften und immer wieder ihren Rat befolgten, leisteten der proletarischen Bewegung einen unschätzbaren Dienst, was die Bekämpfung von unrechten Programmauffassungen anging. Die während des Kongresses in Gotha durchgeführte Vereinigung beider Strömungen erfolgte noch nicht auf einer eng proletarischen Grundlage. Infolgedessen dauerte der ideologische Streit noch lange Jahre. Er wurde unterbrochen, als die Bewegung für die Jahre von 1878 bis 1890 für illegal erklärt wurde. In diesem Zeitraum galt das antisozialistische Gesetz. In den Jahren von 1871 bis 1877 stieg die Zahl der Wählerstimmen der sozialdemokratischen Partei von 124 000 auf 493 000, was eine antisozialistische Mobilisierung der Führung von besitzenden Klassen und Ausnahmegesetzgebung verursachte. Bismarck hielt die Sozialdemokratie für einen der Hauptfeinde des von oben vereinigten Deutschlands. Er wollte diese Gefahr mit zweierlei Mitteln enfernen: mit Peitsche und Bonbons. Als Peitsche galt das antisozialistische Gesetz, das die Partei in den Zustand der Illegalität abdrängte, obwohl es ihr auch die Teilnahme an Wahlkampagnen und Wahlen erlaubte. Das Gesetz bekämpfte die sozialistische Presse, verbot den Sozialisten jede Tätigkeit durch irgendwelche Organisationen und erlaubte das Aussiedeln von Aktivisten, die für Agitatoren erklärt wurden. Für unser Thema ist das Kapitel vom Aussiedeln wichtig, das die Verbreitung sozialistischer Ideologie auf neuen Gebieten, auch in den von Polen bewohnten Landesteilen erleichtert hat. Auf diese Weise haben Bismarcks Sanktionen zur Verbreitung der sozialistischen Idee beigetragen. Das Gesetz galt bis Ende September 1890. Nur während der Anfangsperiode der Gültigkeit dieses Gesetzes hat sich die

Zahl der für die sozialdemokratische Partei abgegebenen Stimmen wenig verringert. Bald verlief aber dieser Prozeß in der Gegenrichtung, und die Partei wurde immer stärker. Sie wurde zur stärksten Partei im Parlament (1881 – 312 000 Stimmen; 1890 – 1 427 000 Stimmen) und hat sich für lange Zeit 25 Prozent aller Wählerstimmen gesichert.

In der ersten, ein halbes Jahrhundert langen Periode ihres Bestehens nahm die Sozialdemokratie zu allen wichtigeren Problemen des deutschen Staates Stellung. Sie tat dies vor allen Dingen in den Programmbeschlüssen auf den alljährlichen Parteitag-Kongressen. Anders natürlich sah die Situation aus in der Zeit der Gültigkeit des antisozialistischen Gesetzes, als die Partei delegalisiert wurde und ihre Kongresse illegal, meistens außerhalb der Grenzen des deutschen Staates organisierte. Die Behandlung der polnischen Frage ergab sich aus der Wichtigkeit einer solchen allgemein staatlichen Angelegenheit. Polen waren ja die zahlenmäßig stärkste nationale Minderheit, die von der Regierungspolitik, besonders der Bismarckschen, zum politischen Kernpunkt gemacht wurde.

Es gab noch einen weiteren Grund, warum sich die SPD für die polnische Frage interessierte, und zwar ihre Bedeutung für das Proletariat selbst. Die Polen waren ein Teil dieses Proletariats, als Menschen, die von der eigenen Hände Arbeit lebten. Sowohl aus dem Gesichtspunkt einer wichtigen staatlichen Angelegenheit als auch eines Teils des Proletariats wurde also die polnische Frage zum Gegenstand des Interesses der Sozialdemokratie. Die Zahl der Polen unter deutschen Bauern, sowohl unter Grundbesitzern als auch unter dem landwirtschaftlichen Proletariat, war ja auch ein wichtiges Problem. Ähnlich war es unter den Industriearbeitern, sowohl in Schlesien als auch in solchen Industriezentren wie Grudziądz, Gdańsk, Poznań oder in den kleineren, sich langsam entwickelnden westdeutschen Gebieten, wo die polnische Bevölkerung aus den Ostprovinzen einströmte. Daheim konnte diese Bevölkerung wegen der wirtschaftlichen Lage und auch wegen Rassendiskriminierung keine Arbeit finden.

Unter beiden Gesichtspunkten, also dem staatlichen und dem proletarischen, war diese Angelegenheit äußerst wichtig, sie bezog sich aufs Gebiet des ganzen Staates und auf Millionen seiner Bürger.

Bis 1914 wurde diese Frage in den Reihen der SPD vor allen Dingen aus dem staatlichen Gesichtspunkt betrachtet, als Grund zur Kritik der Regierungspolitik. Die SPD hat der Regierung Bismarcks und seinen Nachfolgern die falsche polnische Politik vorgeworfen, die die Polen von den Angelegenheiten des Staates abdrängte. Der Fehler dieser Politik beruhte vor allen Dingen darauf, daß den Polen das Recht zu eigener Sprache aberkannt wurde, und auf den Bemühungen, die Polen zu germanisieren.

Selbst die Annexion polnischer Gebiete war, der Meinung der Sozialdemokraten nach, historisches Verbrechen, wenn auch diese Ansicht keine Billigung der Wiederherstellung der Adelsrepublik in ihren Grenzen von 1772 bedeutete. Man hat einfach dieses Thema nur selten angetastet und sich mit der Feststellung vom verbrecherischen Charakter der Teilung Polens begnügt.

Wie der Stettiner „Volksbote" vom 22. Mai 1913 schrieb, der ein Organ der hiesigen Sozialdemokratie war: die Partei verteidige die Polen, denn sie sei eine Partei, die den Internationalismus verkünde, sie verteidige den polnischen Arbeiter, der vor allen Dingen von der preußischen Politik verfolgt werde. Dasselbe Blatt vom 8. April 1914 faßte die Tätigkeit der preußischen Ansiedlungskommission am Vortag des Ausbruchs des ersten Weltkrieges zusammen. Nach seiner Meinung habe die Kommission statt 100 Millionen Mark 914 Millionen gekostet und dafür 438 530 Hektar eingekauft. Die Grundstücke seien unter 21 257 Umsiedler verteilt worden, von denen aber 5505 aus Großpolen und dem Danzigen Pommern gekommen seien. Eingewandert wären 15 752, davon 5348 aus Rußland. Da die durchschnittliche Familie aus fünf Personen bestehe, sei die Zahl der deutschen Bevölkerung nur um 68 760 gestiegen, also nur wenig im Vergleich zu den 3,8 Millionen Bevölkerung. Als nicht wahr habe sich auch die These von der Bauernhilfe und der Erhöhung der Agrarkultur erwiesen, denn in Wirklichkeit seien nur die Preise für

Grundstücke gestiegen. Ohne diese Kommission könnte wahrscheinlich bedeutend mehr Boden verteilt werden. Es wurde auch auf die allgemeine Verbesserung des Wirtschaftssystems, unabhängig von der Tätigkeit der Kommission hingewiesen. Dies galt als Beweis für die Grundlosigkeit des Arguments von der Erhöhung der Anbaukultur durch die Kommission.

Die Anwesenheit der Polen in den Reihen des Proletariats ließ sich schnell wegen sprachlicher Gründe bemerken. Neue Arbeiter, die vom Acker in die Fabriken kamen, forderten Anweisungen in einer für sie völlig verständlichen Sprache, also nicht in der deutschen Sprache. Diese Angelegenheit war sehr wichtig hinsichtlich der Unfälle am Arbeitsplatz und scharfer Konflikte, die deswegen auftauchten. Die Epidemie der Wurmkrankheit, die eine Verminderung der Löhne der Bergarbeiterschaft verursachte, war im großen Maße eine Folge des Mangels an Vorbeugungsvorschriften in polnischer Sprache. Polnische Bergarbeiter traten gern in die Reihen des sozialdemokratischen Bundes der Bergarbeiter, der beharrlich und konsequent um ihre Rechte kämpfte. Andererseits aber gab es einen Glaubens- und nationalen Druck, der sich der Verbindung mit der Sozialdemokratie widersetzte. Es gab verschiedene Gewerkschaften, und die katholische Offensive, durch die Enzyklika Rerum Novarum gekennzeichnet, begünstigte die rasche Entwicklung von katholischen Gewerkschaften. Relativ früh begannen die Polen nach eigenen Wegen zu suchen. Dazu hat folgender Faktor beigetragen: die Sozialdemokratie faßte gerechte Beschlüsse von der Notwendigkeit einer Agitation unter den Polen in ihrer Muttersprache, von der Notwendigkeit der Herausgabe einer Schrift in polnischer Sprache und dergleichen mehr.

Da diese Beschlüsse kaum verwirklicht wurden, waren auch die Ergebnisse der sozialdemokratischen Propaganda unter den Polen nur gering. Und als die Polen sich von der Schirmherrschaft des Zentrums und seiner katholischen Gewerkschaften entfernten, gründeten sie eine eigene Organisation, die Polnische Berufsvereinigung (im Jahre 1902), und gingen nicht in die sozialdemokratischen Strukturen über. Eine große Rolle spielte dabei der sprachliche Grund. Die sozialdemokratischen Funktionäre waren überzeugt, daß die angekommenen Arbeiter von ihren deutschen Kollegen schnell aufgenommen und dann kein Problem mehr sein werden. Das hat aber den Polen nicht gefallen und spornte sie an, nach eigenen Wegen zu suchen. Man kann auch nicht vergessen, daß unter den Polen erst die erste Generation von Bauern zu Arbeitern wurde. Am häufigsten gingen sie vom Bauernproletariat zum Industrieproletariat über. Dies bedeutete eine ganze Reihe von Unterschieden in der Psyche, in den Sitten, Weltanschauungen und dergleichen mehr und erschwerte den Übergang zum Kreis der Anhänger der sozialistischen Idee.

Diese Schwankungen können wir recht genau unter den Polen in westlichen Gebieten Deutschlands beobachten. Es ist wahr, daß sie mit den Sozialdemokraten bei den Streikaktionen 1889, 1905 und 1912 mitwirkten. Sie selbst drücken den Streikaktionen scharfen Charakter auf, und im Jahre 1899 bei den Unruhen in Herne lassen sie auch ihre Frauen demonstrieren, was eigentlich ungewohnt war. Es ist wahr, daß sie aus dem Zentrum und den ihm untergeordneten Gewerkschaften austreten, aber gleichzeitig gründen sie ihre eigene Gewerkschaftsorganisation, die sich der polnischen Sprache bedient und programmgemäß den katholischen Gewerkschaften des Zentrums nahe steht.

Seitens der SPD wurden viele bittere Anmerkungen zu den polnischen Unterschieden, zum Zerschlagen der Einheit, zum Bevorzugen nationaler und nicht der Klasseninteressen ausgesprochen. Dies hat allerdings die ideologische Einstellung, also die Verurteilung der preußischen Diskriminierungspolitik gegen Polen und Ablehnen von antipolnischen Vorhaben der Regierung nicht verändert. Sogar in der Zeit, als in den Reihen der SPD revisionistische Formulierungen auftauchten, die revolutionäre Formulierungen zugunsten solcher, die sich im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus schlossen, abzulegen, gab es keinen Aufruf zum Verzicht auf die polnische Frage.